

Mehrsprachigkeit ist für die Einwanderungsgesellschaft unverzichtbar

Andrés Otálvaro

Die Mitgestaltung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft steht für eine der wichtigsten Herausforderungen in Deutschland in den kommenden Jahren. Dies ist eine Kernaufgabe bei der Suche nach einem erfolgreichen Prozess der Teilhabe, Inklusion und Integration. Zu diesem Prozess der Demokratisierung gehört auch eine Demokratisierung der Sprache. Die Schaffung und Etablierung von vielfältigen und interkulturellen Räumen der Mehrsprachigkeit ist ein wesentlicher Schritt in diese Richtung. Anstatt der Herrschaft einer Sprache steht die Koexistenz von pluralen migrantischen Sprachen und Stimmen im Mittelpunkt der Einwanderungsgesellschaft. Der folgende Beitrag stellt die Relevanz der Mehrsprachigkeit aus einer (post-)migrantischen Perspektive vor (1).

Verschiedene Ebenen der Mehrsprachigkeit

Eine postmigrantische Vision der Einwanderungsgesellschaft bietet drei wichtige Ebenen der Mehrsprachigkeit:

Vor 2000 erklärte die Bundesregierung Deutschland offiziell als »kein Einwanderungsland« (vgl. Hoesch/Harbig 2019). Erst seit 2005 bezeichnet sich die Bundesrepublik im Zuwanderungsgesetz als das, was sie historisch und demographisch längst ist. Diese offizielle Anerkennung wird als der »postmigrantischer Moment« dieses Landes bezeichnet (2). In einem staatlich-anerkannten Einwanderungsland treffen sich tatsächlich jeden Tag mehrere Herkunftssprachen. Genau so unterschiedlich wie diese Sprachen sind die Menschen, die Herkünfte und die Kulturen, die sie erzeugen. Sie ergeben ein Panorama der Vielfalt und der Interkulturalität.

Die Postmigration stellt die Mehrsprachigkeit als Möglichkeit des Austausches und des Dialogs auf Augenhöhe zwischen verschiedenen Kulturen dar. In diesem Sinne ergibt sich ein neues Gesicht der Einwanderungsgesellschaft, wobei die traditionellen Unterscheidungen zwischen Mehrheits-/Aufnahmegesellschaft/Leitkultur vs. Ausländer/innen/Migrant/innen/Geflüchtete hinterfragt und sogar erschüttert werden (3). Hinzu kommt die historisch-anthropologische Realität der menschlichen Mobilisierung als Normalität und Konstante (4). Das Ankommen von migrantischen Gruppen wird infolgedessen nicht mehr als Defizit oder Gefahr betrachtet, sondern als Alltag, Kompetenz und Ressource (5). Die von ihnen mitgebrachten sprachlichen Kompetenzen sind kein Hindernis, sondern Bereicherung der interkulturellen Kommunikation.

Menschen sind keine Defizite, Zahlen oder Gegenstände. Alle Menschen sind aktive Subjekte ihrer eigenen Geschichte. Die Vergegenständlichung des Anderen hat historische Realitäten des Othering, der Rassismen und der Grenzregimes verursacht (6). Ein demokratisches Szenario der Mehrsprachigkeit widerspricht der Verach-

tung des Fremden und gibt allen Menschen und deren Stimmen die Chance, sich sprachlich gleichberechtigt zu beteiligen.

Rahmenbedingungen

Die Entwicklung von gleichberechtigten Räumen der Mehrsprachigkeit setzt besondere gesellschaftliche, politische und kulturelle Rahmenbedingungen voraus:

Stärkung der »Demokratie von unten« Hand in Hand mit Interessenvertretung von der Basis

Die Anerkennung der Interessen, Stimmen und Sprachen der vielen migrantischen Communities ist eine Grundlage für den interkulturellen Dialog. In dieser Hinsicht ist die Weiterentwicklung von benachteiligungssensiblen, niederschweligen und sozialraumorientierten Inklusionsmaßnahmen zur Überwindung von strukturellen Ungleichheiten notwendig.

Förderung der gleichberechtigten Partizipation zur Mitgestaltung der Einwanderungsgesellschaft

Die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland ist durch gravierende Mankos und Ausschlussmechanismen geprägt. Dies leitet uns zu Demokratiedefiziten in der Bundesrepublik, die unbedingt aufgehoben werden müssen. Die Menschen mit Migrationsgeschichte repräsentieren etwa $\frac{1}{4}$ der deutschen Bevölkerung. Dieses Verhältnis spiegelt sich allerdings nicht in den wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gremien wider (dies betrifft auch die Gremien zur Sprach- und Bildungsarbeit). Dies zu ändern, wäre ein wichtiger Faktor zur Stärkung der Teilhabe.

Verbreitung einer rassismus- und genderkritischen Sprache

Der Abbau von Vorurteilen gegenüber anderen Menschen ist eine Voraussetzung für die Wertschätzung und die Koexistenz ihrer Sprachen. Darüber hinaus ermöglicht eine Redefinition der Sexualität und der Geschlechterrollen die Etablierung von gleichberechtigten Kommunikationswegen. Traditionelle Begriffe in Bezug auf Männlichkeit, Weiblichkeit oder Heteronormativität werden in Frage gestellt. Gleichzeitig entstehen kreative Terminologien auf der Grundlage von bspw. (post)migrantischen oder LSBTI-Perspektiven.

Weltoffenheit und transkulturelle Anerkennung des Fremden sowie der multiplen Herkünfte, Migrationswege und Lebensgeschichten

Zu berücksichtigen sind diesbezüglich uralte Traditionen wie die Gastfreundschaft im antiken Griechenland aber auch gegenwärtige kollektive Praktiken wie die Willkommenskultur in Deutschland seit 2015. Seither breitet sich eine soziale Bewegung aus, die die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Diese soziale Bewegung setzt sich für mehr internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit ein, basiert großenteils auf der bürgerschaftlichen Mitarbeit von Tausenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Umstrukturierung des Bildungssystems

Die Probleme und Lücken im deutschen Bildungssystem sind in verschiedenen Analysen und aus der Sicht von mehreren Autor/innen und Disziplinen erläutert worden. Was die Mehrsprachigkeit angeht, formuliert Paul

Mecheril einen konkreten Vorschlag zum Schulsystem (7). Demnach müssten alle Lehrkräfte in Deutschland drei Sprachen beherrschen: Deutsch; eine zweite westliche Sprache wie Englisch, Spanisch oder Französisch sowie eine dritte Sprache der wichtigsten migrantischen Communities im Land (etwa Türkisch, Arabisch, Persisch, Tigrinya etc.). Die interkulturellen Kompetenzen der Lehrkräfte würden sich erweitern; die Arbeitsweise und der Alltag in der Schule würden vielfältiger. Diese Überlegungen sind übertragbar auf die öffentlichen Behörden. Alle Beamt/innen im ständigen Kontakt mit Menschen mit Migrationsgeschichte müssten die »Bedingung der drei Sprachen« erfüllen. Dies wäre ein wichtiges Signal auf dem langen Weg zur Gestaltung eines mehrsprachigen Einwanderungslandes.

Verpflichtung zur Gegenseitigkeit

Mehrsprachigkeit verlangt auch einen adäquaten legalen Rahmen. Diesbezüglich lohnt es sich, einen kritischen Blick auf ein konkretes Beispiel zu werfen. Zitiert sei hier ein Abschnitt aus dem »Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden 2016-2020« (S. 8): *»Unter Integration verstehen wir den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität. Dazu gehört der konstruktive Umgang aller Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit.«*

Diese Definition weist verschiedene Schwächen auf. Bei dem Beispiel handelt es sich um einen typischen einseitigen Blickwinkel auf Integration, die die Notwendigkeit der Gegenseitigkeit nicht beachtet. Ein »Prozess der Eingliederung« deutet auf diese Einseitigkeit hin. Verstärkt wird diese Position durch die Formulierung »Angleichung ihrer Lebenslagen«, was nichts anderes als Anpassung suggeriert. Darüber hinaus ist die Definition nicht genderkritisch (bzw. anachronistisch), denn sie spricht nur »Zuwanderer« an (wo bleiben also die Zuwanderinnen?!). Auch wenn der Abschnitt sich schließlich mit »Vielfalt und Verschiedenheit« befasst, spielen diese Anmerkungen eine sekundäre Rolle bei der Gesamtheit des Textes. Zur Singularform der »eigenen kulturellen Identität« ließe sich ebenfalls noch etwas sagen, worauf an dieser Stelle aber verzichtet wird.

Die Definition bietet infolgedessen keinen geeigneten Rahmen für eine mehrsprachige Teilhabe und Integration auf Augenhöhe. Die etymologischen Wurzeln des Wortes »Integration« führen zum lateinischen Begriff der »Erneuerung«. Das heißt, Integration ist ein unbedingt offener und dialogischer Prozess des gemeinsamen learning-by-doing. Integration betrifft also nicht nur die sog. Zuwander/innen, sondern im gleichen Maße auch die Aufnahmegesellschaft. Postmigrantisch gesehen wird diese Dichotomie zwischen beiden Gruppen sogar überwunden unter dem Verständnis, dass Migration die Normalität ist bzw. dass alle Menschen Migranten/innen sind.

Plattform für migrantische Perspektiven

Parallel zur postmigrantischen Auffassung entwickelt sich alltäglich praxisorientiert eine migrantische Perspektive. Diese Perspektive findet bundesweit ein Fundament in den migrantischen Organisationen und Communities. An dieser Stelle möchte ich das Beispiel des Bundesverbands NeMO (Netzwerke von Migrantenorganisationen) und seine Beziehung zum Thema Mehrsprachigkeit darstellen (8).

Der Bundesverband wurde im September 2015 ins Leben gerufen. Die relativ junge Organisation ist über die kurze Zeit rasant gewachsen und besteht aktuell aus 20 lokalen Verbänden von migrantischen Organisationen in 11 Bundesländern. Mehr als 700 migrantische Organisationen (MOs) fungieren als Mitglieder beim Bundesverband. Innovativ ist der Einsatz der kultur- und herkunftsübergreifenden Verbundbildung. Darüber hinaus setzt sich der Bundesverband für eine antirassistische, säkulare, demokratische und partizipative Politik ein. Verbände von MOs haben sich über die Jahre als eine legitime und nachhaltige Form der zivilgesellschaftlichen Interessenvertretung von Menschen mit Migrationsgeschichte erprobt. Sie funktionieren als eine dynamische Plattform der Zusammenarbeit, der Ressourcenteilung und der Interkulturalität, wo Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie MOs Wurzel schlagen, ihre Autonomie intensivieren und neue Selbstorganisationen weiterentwickeln.

De facto ist der Bundesverband ein Konvergenzort von mehreren Sprachen. Alltäglich treffen sich mehr als 30 verschiedene Sprachen und Nationalitäten in den verschiedenen Vereinen, Projekten und Maßnahmen, die unter seinem Dach gefördert werden. Als Paradebeispiel der Mehrsprachigkeit gilt auch das Projekt samo.fa (Stärkung von Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit. Siehe: www.samofa.de), bei dem der Bundesverband als Träger fungiert. Dieses Modellprojekt läuft bundesweit seit 2016 an 32 Standorten und wird durch hauptamtliche Koordinierungsstellen und Ehrenamtlichen vorwiegend mit Migrationsgeschichte getragen. Hauptziel des Projektes ist die Einrichtung von Teilhabe- und Integrationsstrukturen für Menschen mit Fluchtgeschichte in vier Handlungsfeldern: Wohnen/ Stadtteilarbeit; Gesundheitsversorgung; Bildung/ Ausbildung; Arbeitsmarktintegration. Die Kultur wird als Querschnittsthema behandelt.

Samo.fa sieht sich als Bestandteil der sozialen Bewegung, die im Rahmen der jüngsten Fluchtmobilität nach Europa stattfindet. Die Willkommenskultur und die internationale Solidarität haben sich als Ecksteine dieser Bewegung erwiesen. Seit 2016 richtete samo.fa seine ersten basalen Hilfestrukturen in den oben genannten Handlungsfeldern ein. 2017-2018 wurden diese Strukturen im Zusammenhang mit dem langen Weg der Normalisierung in den neuen Alltag fortgeführt. 2019 gilt als das Jahr für die Intensivierung des Empowerments und der Selbstorganisation. Dazu kommt die kontinuierliche Eingliederung in das Regelsystem mit dem Grundverständnis, dass die Menschenrechte im Lichte eines funktionierenden Rechtsstaats für alle gültig sind. Diese Pflichten gewinnen eine besondere Bedeutung im Rahmen der 2018 verabschiedeten »globalen Pakte für Migration und Flüchtlinge« der Vereinten Nationen.

Der Alltag von samo.fa und sein breites Spektrum an lokalen Aktivitäten bieten eine bunte Landschaft der Mehrsprachigkeit (9). Nichtsdestotrotz ist es an dieser Stelle wichtig zu bemerken, dass die Nachhaltigkeit der Mehrsprachigkeit als gegebene Realität des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen unterschiedlichen Nationalitäten, Kulturen und Menschen nicht gewährleistet ist. Die Mehrsprachigkeit ist eine individuelle und gemeinsame Kompetenz, die tagtäglich gepflegt und aktiviert werden muss. Sonst entsteht das Risiko, dass Sprachen ihre Fähigkeit zur alltäglichen kreativen Erneuerung und zur unendlichen Möglichkeit des Austau-

schες verlieren. Die Existenz der Mehrsprachigkeit in einer konkreten Situation oder einem singulären Kontext reicht also nicht. Diese Realität muss regelmäßig verstärkt, weiterentwickelt und hinterfragt werden.

Das Argument der Unverzichtbarkeit

Der Bundesverband NeMO und das Projekt samo.fa fördern und fordern die gleichberechtigte Teilhabe »hier und jetzt«. Diese Teilhabe äußert sich durch multiple migrantische Stimmen innerhalb der MOs und der Communities und basiert auf einem lokal partizipativen Handlungsansatz. D.h., zunächst werden die lokalen Interessen, Bedarfe, Bedürfnisse und Probleme betrachtet und eruiert; danach werden die lösungsorientierten Handlungsstrategien konzipiert und auf die Beine gestellt.

In diesem Rahmen spielt das »Argument der Unverzichtbarkeit« eine wesentliche Rolle. Menschen mit Migrationsgeschichte und MOs leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Mitgestaltung der Einwanderungsgesellschaft und zur Integrationspolitik. Inzwischen wird dieses Argument auch von den Kommunen, den Bundesländern und vom Bund anerkannt (vgl. Öffentliche Bekanntmachung des BAMF 2017). In dieser Hinsicht ergibt sich ein »Aufbau von zwei Seiten«. Von unten wird die Unverzichtbarkeit als »Kampfbegriff« der migrantischen Organisationen angesichts ihrer Bedarfe an Sichtbarkeit, Legitimation, Anerkennung, Förderung und Professionalisierung genutzt. Von oben ist es von großem Interesse für die öffentliche Politik, eine gesteuerte und koordinierte Mitgestaltung der Einwanderungsgesellschaft mit der Unterstützung von den migrantischen Organisationen zu schaffen.

Die Unverzichtbarkeit der migrantischen Communities beim Aufbau der Einwanderungsgesellschaft geht einher mit der Unverzichtbarkeit der Koexistenz von multiplen Sprachen. Wie oben bereits erwähnt, muss diese Realität allerdings durch zielorientierte Maßnahmen ständig gepflegt und wiederbelebt werden. Die migrantischen Organisationen und Gruppen haben wichtige Merkmale und Stärke, die diese Unverzichtbarkeit stützen:

- Zugang zu einer breiten Zielgruppe dank einer gemeinsamen Migrationsgeschichte und einer effektiven niedrigschwelligen Maßnahmenpolitik, bei denen die Mehrsprachigkeit eine fundamentale Rolle spielt
- Erfahrung des Ankommens und des Fremdseins in Deutschland
- Das Durchhaltevermögen, das viele Menschen ermöglicht hat, trotz aller Schwierigkeiten hier zu bleiben
- Die Mehrsprachigkeit als interkulturelle Kompetenz und weitere Übersetzungsfähigkeiten: Es geht hier nicht nur um die Sprachmittlung, sondern um einen breiten Prozess der Kulturmittlung im Rahmen der Professionalisierung von Haupt- und Ehrenamtlichen. Diese Professionalisierung beruht nicht exklusiv auf einer fachlich-beruflichen Basis, sondern auf dem Alltagslernen. Der ausgelöste Prozess ermöglicht die Entwicklung von Artikulationsfähigkeiten auf der Grundlage einer Bewusstseinsgewinnung. Somit werden Emotionen, Gefühle, Ängste, Niederlagen aber auch Hoffnungen von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte gespürt, übersetzt und gegenseitig kommuniziert. Auf diese Art und Weise entwickelt die Einwanderungsgesellschaft »kollektive Lösungen für ihre Probleme und »gemeinsame Sprachen« für die Mitgestaltung von shared histories.

Fazit: Mehrsprachigkeit ist das A und O

Die Mehrsprachigkeit hat immer eine besondere Rolle in der Geschichte der Migration gespielt. Seit der jüngsten Migrationsbewegung 2015 entwickelt sich eine besondere Konjunktur für die Weiterentwicklung einer multilingualen Einwanderungsgesellschaft. Die Einsprachigkeit kommt nicht mehr in Frage. Deshalb ist es legitim festzustellen, dass die Mehrsprachigkeit das A und O von erfolgreichen Prozessen der Teilhabe und Integration ist.

Eine fortschrittliche politische Förderung der Mehrsprachigkeit funktioniert als roter Faden des Dialogs und des Zusammenlebens. Somit schafft man Anknüpfungspunkte für die interkulturelle Verständigung. Erfolgreiche Räume der Mehrsprachigkeit sind gleichzeitig Schutz-, Stabilitäts- und Vertrauensorte für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Migrantische Organisationen präsentieren sich als unverzichtbare Akteure bei dieser Unternehmung. Darüber hinaus bietet die Mehrsprachigkeit die Möglichkeit für die Entstehung einer sog. »Pidgin language«. In der Kolonialzeit, als verschiedene soziale Gruppen sich begegneten und wegen ihrer unterschiedlichen Herkunftssprachen sich nicht verstanden, erfanden sie vereinfachte Kommunikationsformen ohne komplizierten Wortschatz oder anspruchsvolle Grammatik, die die Kommunikation in verschiedenen Zusammenhängen effektiv ermöglichten. Diese Kommunikationsform wird *pidgin* genannt und entstand exklusiv in mehrsprachigen Kontexten der Transkulturation. Heutzutage verlangt die Niedrigschwelligkeit die Entwicklung von neuen *pidgin-languages*, die die Alltagsbewältigung von und mit Menschen mit jungen Fluchtgeschichten und multiplen Herkunftssprachen erleichtern.

Zu guter Letzt bietet die Mehrsprachigkeit eine gute Chance für die Durchführung von Bestandsaufnahmen, die auf den lokalen Stimmen, Interessen, Zielen, Bedarfen und Wünschen von migrantischen Communities basieren. Durch mehrsprachige Räume kommen die Menschen mit Migrationsgeschichte einfacher, häufiger und partizipativer zu Wort. Die Entwicklung von migrantischen Parlamenten dürfen nicht ohne multilinguale Instanzen konzipiert werden. Politische Strategien der Teilhabe zusammen mit einem bunten Panorama der Mehrsprachigkeit sind notwendige Mechanismen gegen die Feinde der Demokratie und der Gegner einer Einwanderungsgesellschaft.

Anmerkungen

(1) Die Postmigration hat einen Gründungsmoment bei der Kunst-, Kultur- und Theaterszene in Berlin 2011 (Foroutan 2018, 16). Damals wurde sie als subversive und antirassistische Perspektive präsentiert und seither hat sie sich vorwiegend im deutschsprachigen Raum verbreitet. Die Postmigration läuft im Tandem mit den postkolonialen Studien. Anstatt einer defizitorientierten bürokratischen Angelegenheit wird die Migration hierbei als Normalität und Zentrum der sozialen Analysen dargestellt.

(2) vgl. Rupnow 2018, S. 29-42

(3) vgl. Hill/Yildis 2018, S. 7-9

(4) Plampler 2019, S. 7-51; Schwenken 2018, S. 10-36

(5) Jantz/Mwizerwa/Biank 2018

(6) Castro Varela 2018, S. 6-14

(7) vgl. Mecheril 2011

(8) Siehe: www.bv-nemo.de

(9) Siehe die samo.fa Umfrage für Menschen mit Fluchtgeschichte in Krefeld, die zwischen Mai und Juli 2019 in 11 verschiedenen Sprachen durchgeführt wurde (<https://app.simplenote.com/p/MRKcWd>). Die Übersetzung der Umfrage war möglich dank Ehrenamtlichen mit Migrationsgeschichte. Dieses Pilot-Projekt ist ein Zeichen der Anerkennung und der Wertschätzung, berücksichtigt die Interessen, Ziele und Wünsche der Neuzugewanderten. Darüber hinaus ist es ein gutes Beispiel der Mehrsprachigkeit und ein Schritt für die Weiterentwicklung von lokalen Bestandsaufnahmen.

Literaturverzeichnis

Castro Varela, Maria do Mar (2018): Migrant oder der ungezähmte Mann? Zur Kontinuität kolonialer Zuschreibungen. In: Projekt-Dokumentation. Irgendwie Hier! Flucht-Migration-Männlichkeiten. LAG Jungenarbeit NRW, S. 6-14.

Faroutan, Naika (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen, Transcript Verlag, Bielefeld, S. 15-28.

Hill, Marc/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2018): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Transcript Verlag, Bielefeld.

Hoesch, Kirsten /Harbig, Gesa (2019): Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit: Neue Chancen für die kommunale Integrationspolitik? Überlegungen anhand des Projektes Samo.fa und des lokalen Verbundes VMDO (Veröffentlichung folgt).

»Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden 2016-2020«. In: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/migration-integration/content/integrationskonzepte.php> (abgerufen am 14.07.19)

Jantz, Olaf/Mwizerwa, Maurice/Biank, Markus (2018): Pragmatische Notwendigkeiten in der Umsetzung von Angeboten für männliche* Geflüchtete. Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NRW, Dortmund. In: https://lagjungenarbeit.de/files/lag_files/veroeffentlichungen/stellungnahmen/2018-02_stellungnahme3_irgendwie-hier.pdf (abgerufen am 14.07.19)

Mecheril, Paul (2011): Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv. Bundeszentrale für politische Bildung. In: <https://www.bpb.de/apuz/59747/wirklichkeit-schaffen-integration-als-dispositiv-essay?p=all> (abgerufen am 14.07.19)

Öffentliche Bekanntmachung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge eines Interessenbekundungsverfahrens zum Thema »Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene« (2017). In: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/migration-integration/content/integrationskonzepte.php> (abgerufen am 09.07.19)

Pampller, Jan (2019): Das Neue Wir. Warum Migration dazu gehört. Eine andere Geschichte der Deutschen. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.

Rupnow, Dirk (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen, Transcript Verlag, Bielefeld, S. 29-42.

Schwenken Helen (2018): Globale Migration. Zur Einführung. Junius Verlag, Hamburg.

Autor

Dr. Andrés Otálvaro ist seit 2015 in der Migrations- und Geflüchtetenarbeit tätig. Seit Januar 2018 arbeitet er als Regionalbegleiter West im Leitungsteam des Projekts samo.fa (Stärkung von Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit). Er erhielt seinen Dokortitel im Fach Ibero- und Lateinamerikanische Geschichte an der Universität zu Köln. Thema seiner Dissertation war Wohlfahrtstaat und Menschenrechte am Beispiel der Sozialpolitik in Venezuela (1999-2013). Seine Forschungs- und Praxisschwerpunkte sind: Teilhabe, Flucht, Migration und Integration; Transformationsprozesse in Lateinamerika; Methodologie in den Sozialwissenschaften. Forschungs-, Publikations- und Lehrtätigkeit sowie Berufserfahrung in Deutschland, Kolumbien, Venezuela und Peru.

Kontakt

Dr. Andrés Otálvaro

Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V. (BV NeMO)

Haus der Vielfalt / Beuthstraße 21

44147 Dortmund

Tel +49 (0)231 28678-754

E-Mail: a.otalvaro@bv-nemo.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de